

**HESSISCHER LANDTAG**

24. 10. 2007

**Antwort****der Landesregierung****auf die Große Anfrage der Abg. Sigrid Erfurth und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Fraktion****betreffend Entwicklung der Haushalts- und Finanzsituation in Hessen****Drucksache 16/7396****Vorbemerkung der Fragesteller:**

Die Finanzsituation Hessens hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Zusätzlich zur stetig steigenden nominalen Verschuldung des Landes durch erhöhte Kreditaufnahme wurde zahlreiches Landesvermögen veräußert. Außerdem erfolgte die Realisierung zahlreicher Landesprojekte durch neue Finanzierungs- und Betreiberformen. Dabei wurde die budgetäre Nachhaltigkeit und damit die generationengerechte Verteilung der Lasten und des Nutzens nicht ausreichend berücksichtigt. Darüber hinaus waren die Information und Beteiligung des Landtags bei den vorgenommenen Maßnahmen unzureichend.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Große Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

**I. Entwicklung der allgemeinen Haushalts- und Finanzsituation in Hessen**

- Frage 1. Wie hat sich der jährliche Schuldenstand (Kreditmarktschulden im weiteren Sinne) des Landes in den Jahren 1999 bis 2006 entwickelt (bitte jeweils jährlich zum Stichtag 31. Dezember darstellen)?
- Frage 2. Um wie viel Prozent stieg der Schuldenstand durchschnittlich in den Jahren 1999 bis 2006 (bitte jährliche Veränderungsdaten und durchschnittliche Rate des gesamten Zeitraums ausweisen)?
- Frage 3. Wie hat sich der jährliche Schuldenstand (Schulden am Kreditmarkt und ähnliche) des Landes in den Jahren 1999 bis 2006 pro Kopf entwickelt (bitte jeweils jährlich zum Stichtag 31. Dezember darstellen)?
- Frage 4. Um wie viel Prozent stieg der Schuldenstand pro Kopf durchschnittlich in den Jahren 1999 bis 2006 (bitte jährliche Veränderungsdaten und durchschnittliche Rate des gesamten Zeitraums ausweisen)?

Die Entwicklung des Schuldenstandes sowie des Pro-Kopf-Schuldenstandes - jeweils bezogen auf den 31. Dezember - können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass der stichtagsbezogene Schuldenstand nicht mit dem Schuldenstand in haushalterischer Abgrenzung übereinstimmt.

Entwicklung des Schuldenstandes 1999 bis 2006 (in Mio. €)

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Kreditmarktschulden zum 31.12. <sup>1</sup>	21.249,1	21.575,4	22.903,4	24.920,2	27.163,8	28.616,8	30.232,8	29.364,3
Veränderung absolut	+730,4	+326,3	+1.328,0	+2.016,8	+2.243,6	+1.453,0	+1.616,0	-868,4
gg. Vorjahr in v.H.	+3,4	+1,5	+6,2	+8,8	+9,0	+5,3	+5,6	-2,9
Ø Steigerung 1999 - 2006 in v.H.	+4,7							
Einwohner <sup>2</sup> in Tsd.	6.043	6.057	6.072	6.084	6.089	6.088	6.093	6.077
Kreditmarktschulden je Einwohner in €	3.516	3.562	3.772	4.096	4.461	4.700	4.962	4.832
Veränderung gg. Vorjahr in v.H.	-0,6	+1,3	+5,9	+8,6	+8,9	+5,4	+5,6	-2,6
Ø Steigerung 1999 - 2006 in v.H.	+4,6							

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden des Landeshaushalts<sup>2</sup> Lt. Statist. Bundesamt (jeweils zum 30.06. d.J.)

Frage 5. Wie hat sich das strukturelle Defizit (in Abgrenzung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)) des Landes in den Jahren 1999 bis 2006 entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?

Frage 6. Um wie viel Prozent veränderte sich das strukturelle Defizit (in Abgrenzung des SVR) durchschnittlich in den Jahren 1999 bis 2006 (bitte jeweils jährliche Veränderungsraten und durchschnittliche Rate des gesamten Zeitraums ausweisen)?

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ermittelt das strukturelle Defizit des Gesamtstaates, in dem er den tatsächlichen Finanzierungssaldo zum einen um konjunkturelle Einflüsse auf der Einnahmen- und Ausgabenseite und zum anderen um einmalige oder transitorische (nicht konjunkturelle) Effekte bereinigt (vgl. Jahresgutachten 2006/2007, Nr. 380).

Diese für den Gesamtstaat angestellte Betrachtung lässt sich nicht auf einzelne Bundesländer übertragen, da insbesondere keine Informationen über die Höhe der konjunkturellen Einflüsse auf die einzelnen Landeshaushalte vorliegen. Ein Ausweis des strukturellen Defizits des hessischen Landeshaushalts in den Jahren 1999 bis 2006 in der Abgrenzung des Sachverständigenrates ist daher nicht möglich.

Frage 7. Welchen nominalen Schuldenstand erwartet die Landesregierung zum 31. Dezember 2007?

Der aktuelle Haushaltsplan weist eine Nettoneuverschuldung von 826,4 Mio. € aus. Aufgrund der bestehenden Unsicherheiten im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Steuereinnahmen bis zum Jahresende sowie der noch nicht abschließend absehbaren Zahlungsverpflichtungen des Landes im bundesstaatlichen Finanzausgleich lässt sich der voraussichtliche Schuldenstand des Landes zum 31. Dezember 2007 zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht belastbar ermitteln. In den beiden vergangenen Jahren war es möglich, den tatsächlichen Schuldenstand merklich unter den ausgewiesenen Planwerten des Ursprungsetats zu halten.

Frage 8. Welches strukturelle Defizit (in Abgrenzung des SVR) erwartet die Landesregierung zum 31. Dezember 2007?

Siehe hierzu die Antwort zu den Fragen 5 und 6.

Frage 9. Wie bewertet die Landesregierung die implizite Verschuldung Hessens und wie hoch schätzt die Landesregierung deren Umfang zum 31. Dezember 2007?

Die Landesregierung sieht in der impliziten Verschuldung ein erhebliches Problem für den Landeshaushalt. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden die Zahlungsverpflichtungen des Landes für die Versorgungsempfänger in den kommenden Jahren deutlich ansteigen und den ohnehin knappen finanziellen Gestaltungsspielraum des Landes weiter reduzieren.

Die Landesregierung hat auch aus diesem Grund die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens in Hessen beschlossen. Damit wird die implizite Verschuldung des Landes nach versicherungsmathematischen Kriterien erfasst und der sich daraus ergebende Handlungsbedarf offen ausgewiesen.

Die Klärung einzelner, offener Bewertungsfragen bei der Bildung von Rückstellungen, die in enger Abstimmung mit dem Hessischen Rechnungshof erfolgt, ist derzeit allerdings noch nicht abgeschlossen. Abschließende Aussagen über die Höhe der impliziten Verschuldung des Landes zum 31. Dezember 2007 wären danach nicht seriös.

Frage 10. Wie entwickelte sich in den Jahren 1999 bis 2006 das jährliche Wirtschaftswachstum (gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP)) in Hessen (bitte jeweils jährlich darstellen)?

Frage 11. Wie hat sich im gleichen Zeitraum die daraus abgeleitete Schuldenstandsquote entwickelt (gerechnet als Schuldenstand im Verhältnis zum BIP (D/Ys)) (bitte jeweils jährlich zum Stichtag 31. Dezember darstellen)?

Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts sowie der Schuldenstandsquote in den Jahren 1999 bis 2006 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Entwicklung des BIP und der Schuldenstandsquote in Hessen 1999 bis 2006  
(in Mio. €)

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bruttoinlands- produkt <sup>1</sup>	179.607	183.100	189.495	191.108	194.501	198.370	200.575	204.282
Schuldenstand zum 31.12.	21.249	21.575	22.903	24.920	27.164	28.617	30.233	29.364
Schul- denstandsquote	11,8 v.H.	11,8 v.H.	12,1 v.H.	13,0 v.H.	14,0 v.H.	14,4 v.H.	15,1 v.H.	14,4 v.H.

<sup>1</sup> BIP in jeweiligen Preisen; Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", eigene Berechnungen

- Frage 12. Wie entwickelten sich im gleichen Zeitraum die jährlichen Steuereinnahmen und Gesamteinnahmen in Hessen (bitte jeweils und jährlich darstellen)?
- Frage 13. Wie entwickelten sich im gleichen Zeitraum die jährlichen Gesamtausgaben in Hessen (bitte jeweils jährlich und den Kommunalen Finanzausgleich (KfA) sowie den Länderfinanzausgleich (LFA) separat darstellen)?
- Frage 14. Wie hat sich im gleichen Zeitraum der jährliche Finanzierungssaldo (die Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen - ohne Nettokreditaufnahme - und öffentlichen Ausgaben) des hessischen Landeshaushalts entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?
- Frage 15. Wie hat sich im gleichen Zeitraum die jährliche Finanzierungssaldenquote (Finanzierungssaldo im Verhältnis zum BIP) entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?
- Frage 16. Wie hat sich im gleichen Zeitraum der jährliche Primärsaldo (die Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen - ohne Nettokreditaufnahme - und öffentlichen Ausgaben abzüglich der Zinszahlungen auf die ausstehenden Staatsschulden) des hessischen Landeshaushalts entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?
- Frage 17. Wie hat sich im gleichen Zeitraum die jährliche Primärsaldenquote (Primärsaldo im Verhältnis zum BIP) entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?

Die Entwicklung der bereinigten Gesamteinnahmen, der Steuereinnahmen, der bereinigten Gesamtausgaben sowie der Ausgaben des Landes im Länderfinanzausgleich, im Kommunalen Finanzausgleich und für Zinsen, der Primärsaldo sowie der Finanzierungssaldo des Landes Hessen in den Jahren 1999 bis 2006 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Der Finanzierungssaldo wird - wie in der finanzpolitischen Praxis bei Bund und Ländern üblich - als Differenz zwischen bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben ausgewiesen. Die Nettokreditaufnahme ist nicht Bestandteil der bereinigten Einnahmen.

Entwicklung der bereinigten Einnahmen, der bereinigten Ausgaben sowie des Finanzierungssaldos in Hessen 1999 bis 2006 (in Mio. €)

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Gesamt- einnahmen <sup>1</sup>	17.281,7	17.793,2	17.322,2	16.048,5	16.567,2	16.238,0	17.039,0	18.887,5
darunter: Steuereinnahmen	14.342,7	14.990,8	14.087,4	13.214,0	13.372,5	12.955,0	13.119,2	15.120,1
Gesamtausgaben <sup>1</sup>	17.750,4	18.203,7	18.512,3	18.121,4	18.339,2	17.893,6	17.615,5	19.075,0
darunter: Kommunaler Finanzausgleich	2.553,1	2.630,3	2.698,3	2.692,6	2.695,1	2.407,2	2.454,3	2.547,8
Länderfinanzaus- gleich	2.473,6	2.809,1	2.621,7	2.038,6	1.799,5	1.771,9	1.298,0	2.195,0
Zinsausgaben	1.320,9	1.294,9	1.270,5	1.271,4	1.326,3	1.354,1	1.357,1	1.380,4
Finanzierungssaldo	-468,7	-410,5	-1.190,1	-2.072,9	-1.772,0	-1.655,6	-576,5	-187,5
Primärsaldo	852,2	884,4	104,8	-801,5	-445,7	-301,5	780,6	1.192,9
Finanzierungssal- denquote	-0,26 v.H.	-0,22 v.H.	-0,63 v.H.	-1,08 v.H.	-0,91 v.H.	-0,83 v.H.	-0,29 v.H.	-0,09 v.H.
Primärsaldenquote	0,47 v.H.	0,48 v.H.	0,06 v.H.	-0,42 v.H.	-0,23 v.H.	-0,15 v.H.	0,39 v.H.	0,58 v.H.

<sup>1</sup> Bereinigt in Abgrenzung des Finanzplanungsrats

- Frage 18. Wie hat sich im gleichen Zeitraum die jährliche Kreditfinanzierungsquote, als Anteil an den Gesamtausgaben des hessischen Landeshaushalts, entwickelt (bitte jeweils jährlich mit und ohne LFA und KFA darstellen)?
- Frage 19. Wie hat sich im gleichen Zeitraum die jährliche Zins-Steuer-Quote, als Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen des hessischen Landeshaushalts, entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?
- Frage 20. Wie hat sich im gleichen Zeitraum die jährliche Zins-Ausgaben-Quote, als Anteil an den Gesamtausgaben des hessischen Landeshaushalts, entwickelt (bitte jeweils jährlich, mit und ohne Berücksichtigung des LFA und des KFA darstellen)?

In der nachfolgenden Tabelle werden die Entwicklung der Kreditfinanzierungsquote, der Zins-Steuer-Quote sowie der Zins-Ausgaben-Quote dargestellt.

Entwicklung der Kreditfinanzierungsquote, der Zins-Steuer-Quote sowie der Zins-Ausgabenquote 1999 bis 2006 (in v.H.)

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Kreditfinanzierungsquote <sup>1</sup>	3,4	3,6	6,3	11,0	8,2	9,4	4,4	3,1
Kreditfinanzierungsquote (ohne LFA und KFA)	4,7	5,2	8,9	14,8	10,8	12,2	5,6	4,1
Zins-Steuer-Quote <sup>2</sup>	11,1	10,6	11,1	11,4	11,5	12,1	11,5	10,7
Zins-Ausgaben-Quote <sup>3</sup>	7,4	7,1	6,9	7,0	7,2	7,6	7,7	7,2
Zins-Ausgaben-Quote (ohne LFA und KFA)	10,4	10,1	9,6	9,5	9,6	9,9	9,8	9,6

<sup>1</sup> Nettokreditaufnahme in v.H. der bereinigten Gesamtausgaben (in Abgrenzung Finanzplanungsrat)

<sup>2</sup> Zinsausgaben in v.H. der Steuereinnahmen nach LFA

<sup>3</sup> Zinsausgaben in v.H. der bereinigten Gesamtausgaben (in Abgrenzung Finanzplanungsrat)

- Frage 21. Wie haben sich im gleichen Zeitraum die jährlichen Ausgaben für Investitionen des Landes (kamerale Hauptgruppen 7 und 8 unter Abzug der Ausgaben im Rahmen des KFA und der Investitionen übergeordneter Ebenen (EU, Bund)) entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?

Bei der Beantwortung der Frage wird aufgrund des Sachzusammenhangs unterstellt, dass der Fragesteller nach der Höhe der sich aus Art. 141 HV ergebenden Verfassungsgrenze sowie nach der Höhe der engen hessischen Selbstbindungsgrenze für die Kreditaufnahme fragt, bei der neben den Zuweisungen und Zuschüssen von Dritten für Investitionen (z.B. von Bund und EU) zusätzlich noch die investiven Ausgaben im Rahmen des steuerverbundfinanzierten Kommunalen Finanzausgleichs in Abzug gebracht werden. Die Höhe der in den Hauptgruppen 7 und 8 veranschlagten Investitionsausgaben, die Verfassungsgrenze sowie die enge hessische Selbstbindungsgrenze für die Kreditaufnahme in den Jahren 1999 bis 2006 können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Investitionsausgaben, Verfassungsgrenze für die Nettokreditaufnahme und enge hessische Selbstbindungsgrenze 1999 bis 2006 (in Mio. €)

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bauausgaben (HGr. 7)	335,9	384,8	390,1	413,6	412,0	398,3	364,7	350,5
Sonstige Investitionsausgaben (HGr. 8)	1.101,6	1.055,4	1.365,1	1.061,1	1.341,8	1.193,2	1.182,1	1.341,6
Investitionsausgaben insgesamt	1.437,5	1.440,2	1.755,2	1.474,7	1.753,8	1.591,5	1.546,8	1.692,1
Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen (OGr. 33/34)	529,6	394,6	365,8	359,9	401,8	448,8	441,3	446,0
Verfassungsgrenze für Kreditaufnahme	908,0	1.045,6	1.389,4	1.114,8	1.352,0	1.142,7	1.105,5	1.246,1
enge hessische Selbstbindungsgrenze	699,9	724,7	1.015,3	812,4	982,9	838,4	793,9	905,1

- Frage 22. Wie hat sich im gleichen Zeitraum die jährliche Nettokreditaufnahme des Landes Hessen entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?
- Frage 23. Wie hat sich im gleichen Zeitraum die jährliche Bruttokreditaufnahme des Landes Hessen entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?
- Frage 24. Wie haben sich die realen Zinssätze der Kreditmarktschulden des Landes in den Jahren 1999 bis 2006 entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?
- Frage 25. Wie haben sich die jährlichen Ausgaben für Zinsen und Tilgung in den Jahren 1999 bis 2006 entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?
- Frage 26. Wie haben sich die Anteile der jährlichen Ausgaben für Zinsen und Tilgung an den Gesamtausgaben in den Jahren 1999 bis 2006 entwickelt (bitte Zinslastquote, Tilgungsquote und Summe ausweisen und jeweils jährlich darstellen)?

In der nachfolgenden Tabelle werden die Entwicklung von Brutto- und Nettokreditaufnahme sowie der Zins- und Tilgungsausgaben ausgewiesen. Der Begriff "reale Zinssätze" wird so verstanden, dass es hierbei um die Frage der durchschnittlichen Verzinsung des Gesamtbestandes der Kapitalmarktschulden des Landes stichtagsbezogen jeweils zum 31. Dezember geht. Der Anteil der Zinsausgaben wird - wie in der finanzpolitischen Praxis üblich - auf die bereinigten Gesamtausgaben bezogen dargestellt. Die Tilgungsausgaben, die nicht Bestandteil der bereinigten Gesamtausgaben sind, werden dem gegenüber sachlogisch mit dem formalen Ausgabenvolumen verglichen, das neben den bereinigten Gesamtausgaben auch die Ausgaben zur Schuldentilgung, Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren, Zuführungen an Rücklagen sowie haushaltstechnischen Verrechnungen umfasst.

Brutto- und Nettokreditaufnahme, reale Zinssätze sowie Zins- und Tilgungsausgaben des Landes Hessen 1999 bis 2006 (in Mio. €)

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Formales Ausgabenvolumen	21.123,1	21.447,4	24.011,5	21.524,6	22.369,5	21.835,7	21.030,1	24.502,4
Bruttokreditaufnahme	3.018,5	2.970,5	5.800,0	4.503,0	4.921,0	5.114,3	3.457,0	4.795,5
Tilgungsausgaben	2.462,6	2.363,5	4.664,2	2.555,6	3.465,8	3.485,5	2.724,8	4.259,8
Anteil Tilgungsausgaben am Haushaltsvolumen in v.H.	11,7	11,0	19,4	11,9	15,5	16,0	13,0	17,4
Nettokreditaufnahme	600,8	663,8	1.168,0	1.986,1	1.498,9	1.679,6	776,4	582,1
Zinsausgaben	1.320,9	1.294,9	1.270,5	1.271,4	1.326,3	1.354,1	1.357,1	1.380,4
Anteil Zinsausgaben an Gesamtausgaben in v.H.	7,4	7,1	6,9	7,0	7,2	7,6	7,7	7,2
Durchschnittliche Verzinsung der gesamten Kapitalmarktschulden des Landes <sup>1</sup>	6,09	5,88	5,40	4,99	4,80	4,65	4,41	4,59

<sup>1</sup> Stichtagsbezogen jeweils zum 31. Dezember

- Frage 27. Wie haben sich die jährlichen Ausgaben für den KFA in den Jahren 1999 bis 2006 absolut und relativ zum Gesamthaushaltsausgabenvolumen und zum Vorjahr entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?
- Frage 28. Wie haben sich die jährlichen Ausgaben für den LFA in den Jahren 1999 bis 2006 absolut und relativ zum Gesamthaushaltsausgabenvolumen und zum Vorjahr entwickelt (bitte jeweils jährlich darstellen)?

Die Entwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs sowie des Länderfinanzausgleichs in den Jahren 1999 bis 2006 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Da es sich bei dem Gesamthaushaltsausgabenvolumen aufgrund starker Schwankungen der Tilgungsausgaben um keine sinnvolle Bezugsgröße für die Berechnung von Anteilswerten handelt, werden zusätzlich zu den erbetenen Quoten noch die in der finanzpolitischen Praxis üblicherweise ausgewiesenen Anteile von Länderfinanzausgleich und Kommunalem Finanzausgleich an den bereinigten Gesamtausgaben dargestellt.

Entwicklung der Ausgaben für KFA und LFA 1999 bis 2006 (in Mio. €)

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Kommunaler Finanzausgleich	2.553,1	2.630,3	2.698,3	2.692,6	2.695,1	2.407,2	2.454,3	2.547,8
Veränderung ggü. Vorjahr (absolut)	126,9	77,2	68,0	-5,7	2,5	-287,9	47,1	93,5
Veränderung ggü. Vorjahr	5,2 v.H.	3,0 v.H.	2,6 v.H.	-0,2 v.H.	0,1 v.H.	-10,7 v.H.	2,0 v.H.	3,8 v.H.
Anteil am Haus- haltsvolumen	12,1 v.H.	12,3 v.H.	11,2 v.H.	12,5 v.H.	12,0 v.H.	11,0 v.H.	11,7 v.H.	10,4 v.H.
Anteil an berei- nigten Gesamt- ausgaben	14,4 v.H.	14,4 v.H.	14,6 v.H.	14,9 v.H.	14,7 v.H.	13,5 v.H.	13,9 v.H.	13,4 v.H.
Länderfinanz- ausgleich	2.473,6	2.809,1	2.621,7	2.038,6	1.799,5	1.771,9	1.298,0	2.195,0
Veränderung ggü. Vorjahr (absolut)	777,8	335,5	-187,4	-583,1	-239,1	-27,6	-473,9	897,0
Veränderung ggü. Vorjahr	45,9 v.H.	13,6 v.H.	-6,7 v.H.	-22,2 v.H.	-11,7 v.H.	-1,5 v.H.	-26,7 v.H.	69,1 v.H.
Anteil am Haushaltsvolu- men	11,7 v.H.	13,1 v.H.	10,9 v.H.	9,5 v.H.	8,0 v.H.	11,0 v.H.	6,2 v.H.	9,0 v.H.
Anteil an berei- nigten Gesamt- ausgaben	13,9 v.H.	15,4 v.H.	14,2 v.H.	11,2 v.H.	9,8 v.H.	9,9 v.H.	7,4 v.H.	11,5 v.H.

Frage 29. Wie viele Bürgschaften des Landes sind in den Jahren 1999 bis 2006 vergeben worden, in welcher Höhe und wie viele wurden davon (absolut und anteilig) gezo- gen (bitte nach Jahren getrennt darstellen)?

Die Zahl der übernommenen sowie der ausgefallenen Bürgschaften kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Übernommene und ausgefallene Bürgschaften des Landes Hessen 1999 bis 2006

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Übernommene Bürg- schaften	344	335	306	289	253	268	225	225
ausgefallene Bürg- schaften	80	68	68	99	91	79	101	88
Höhe der gezahlten Bürgschaftsausfälle (in Mio. €)	8,5	4,7	6,2	7,3	7,3	6,6	13,1	11,4

Die Anzahl der in den Jahren 1999 bis 2006 übernommenen Bürgschaften korrespondiert nicht mit der Anzahl und der Höhe der ausgefallenen Bürgschaften. Diese beziehen sich jeweils auf das Gesamtvolumen des Bürgschaftsbestandes. Die Angaben dazu befinden sich seit dem Jahr 2005 im jeweiligen Produktblatt bei Kap. 17 05.

## II. Veräußerungen und Erwerb von Landesgesellschaften und -beteiligungen sowie Stiftungen und sonstigen Gesellschaften

Grundsätzlich ist zu bemerken, dass in den Antworten zu Nr. II keine Beiträge zu mittelbaren Beteiligungen, Beteiligungen der Universitäten, Landesbetrieben und Genossenschaftsanteilen des Landes aufgeführt werden. Als Landesgesellschaften werden nachfolgend sogenannte Eigengesellschaften des Landes (privatrechtliche Gesellschaften, an denen das Land zu 100 v.H. beteiligt ist) verstanden.

Im erfragten Zeitraum von 1999 bis 2006 sind die aufgeführten Gesellschaften teilweise umfirmiert worden. In den Antworten wird durchgängig jeweils die im Aufgabe-/Veräußerungszeitpunkt bzw. die derzeit gültige Firmenbezeichnung verwendet.

Erhöhungen bzw. Minderungen des Stammkapitals der privatrechtlichen Gesellschaften im Zuge von geringfügigen Euro-Glättungen sowie Kapitalerhöhungen durch Aufnahme weiterer Gesellschaften, die sich auf den Landesanteil am Stammkapital (in €) nicht auswirken, werden nicht aufgeführt. Für die jährliche Zuordnung ist jeweils das Vertragsdatum bzw. die Beschlussfassung maßgebend.

Frage 30. In welchem Umfang wurden in den Jahren 1999 bis 2006 Landesgesellschaften gegründet oder Landesbeteiligungen an Gesellschaften erworben (bitte einzeln, jährlich und in Summe darstellen)?

In der nachfolgenden Tabelle werden die im Zeitraum 1999 bis 2006 gegründeten Landesgesellschaften ausgewiesen:

Jahr	Gesellschaft	Landesanteil in v.H.	Stammkapital bzw. Haftungskapital (in €)
2000	Forschungs- und Entwicklungsges. Hessen mbH (FEH)	100,00	(345.122,02)
2002	Hessische Staatsweingüter GmbH Kloster Eberbach	100,00	1.000.000,00
2004	HA Hessen - Agentur GmbH	100,00	1.500.000,00
2004	Die ROSE GmbH & Co. KG	100,00	(100.000,00)
2006	Landesjugendsinfonieorchester Hessen gGmbH	100,00	25.000,00
Summe insgesamt			2.525.000,00 <sup>1</sup>

<sup>1</sup> Ohne in Klammer gesetzte Beträge, da diese in der Tabelle "Erwerb von Landesbeteiligungen" aufgeführt sind.

Folgende Landesbeteiligungen an Gesellschaften wurden im Zeitraum 1999 bis 2006 erworben (Kapitalaufstockungen bei Landesgesellschaften sind ebenfalls hier aufgeführt):

Jahr	Gesellschaft	Anteil des Landes (v.H.)	Erworbener Anteil am Stamm-, Grund- bzw. Haftungskapital (in €)
1999	TÜV Technische Überwachung Hessen GmbH	45,00	2.300,81
	InvestitionsBank Hessen	100,00	4.661.243,57
	Summe 1999		4.663.544,38
2000	AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord GmbH	20,00	6.391,15
	fiscus GmbH	6,25	2.000,00
	Forschungs- und Entwicklungsges. Hessen mbH (FEH)	45,00	345.122,02
	Kreditanstalt für Wiederaufbau	-1,60 <sup>1</sup>	43.811.353,17
	Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	10,00	47.700.000,00
	Summe 2000		91.864.866,34
2001	Die ROSE GmbH & Co. KG	6,00	6.000,00
	Frankfurt RheinMain 2012 GmbH	25,00	12.500,00
	Summe 2001		18.500,00
2002	Forschungs- und Entwicklungsges. Hessen mbH (FEH)	100,00	8.062,18
	Messe Frankfurt GmbH	40,00	419.136,64
	ivm GmbH (Integriertes Verkehrsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	26,67	60.000,00
	Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH (FIZ)	40,00	40.000,00
	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsges. mbH	5,98	6.572.554,87
	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbauges. Hessen mbH	8,40	3.086.600,00
	Summe 2002		10.186.353,69
2003	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsges. mbH	6,99	7.674.491,14
	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbauges. Hessen mbH	2,55	935.000,00
	Flughafen GmbH Kassel	50,00	510.900,00
	Summe 2003		9.120.391,14
2004	Die ROSE GmbH & Co. KG	94,00	94.000,00
	Freilichtmuseum Hessenpark GmbH	100,00	149.048,00
	European Center for Aviation Development - ECAD GmbH	40,00	10.000,00
	Summe 2004		253.048,00
2005	Flughafen Frankfurt - Hahn GmbH	17,50	8.750.000,00
	ivm GmbH (Integriertes Verkehrsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	-1,57 <sup>2</sup>	500,00
	Reinholdsgesellschaft Schloss Erbach gem. GmbH	20,00	5.000,00

	Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	7,69	12.500,00
	Heizkraftwerk Gießen GmbH	49,00	1.470.000,00
	RegioMIT Regionalfonds Mittelhessen GmbH	40,00	40.000,00
	Summe 2005		10.278.000,00
2006	Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH	5,00	2.025.000,00
	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsges. mbH	2,31	2.535.700,96
	cesah GmbH Centrum für Satellitennavigation Hessen	40,00	10.000,00
	Summe 2006		4.570.700,96
	Summe 1999 bis 2006 insgesamt		130.955.404,51

<sup>1</sup> Kapitalaufstockung (mit Minderung Landesanteil von 3,2 v.H. auf 1,6 v.H.)

<sup>2</sup> Kapitalaufstockung (mit Minderung Landesanteil von 26,67 v.H. auf 25,1 v.H.)

Frage 31. In welchem Umfang wurden in den Jahren 1999 bis 2006 Vermögen oder Verbindlichkeiten des Landes mittelbar oder unmittelbar auf Landesgesellschaften übertragen (bitte einzeln, jährlich und in Summe darstellen)?

Folgende Landesgesellschaften haben Geldmittel vom Land erhalten, die in die Kapitalrücklage (Hessische Staatsweingüter GmbH Kloster Eberbach) bzw. in das variable Kapital (Die ROSE GmbH & Co. KG) der Gesellschaften eingezahlt wurden:

Jahr	Gesellschaft	Vermögensübertragung in €
2004	Hessische Staatsweingüter GmbH Kloster Eberbach	925.000,00
	Die ROSE GmbH & Co. KG	69.050.000,00
	Summe 2004	69.975.000,00
2006	Hessische Staatsweingüter GmbH Kloster Eberbach	300.000,00
	Summe 1999 bis 2006 insgesamt	70.275.000,00

Frage 32. In welchem Umfang wurden in den Jahren 1999 bis 2006 Vermögen oder Verbindlichkeiten von Landesgesellschaften mittelbar oder unmittelbar auf das Land übertragen (bitte einzeln, jährlich und in Summe darstellen)?

In den Jahren 1999 bis 2006 wurden keine Vermögen oder Verbindlichkeiten von Landesgesellschaften mittelbar oder unmittelbar auf das Land übertragen.

Frage 33. In welchem Umfang wurden in den Jahren 1999 bis 2006 Landesgesellschaften oder Landesbeteiligungen an Gesellschaften veräußert (bitte einzeln, jährlich und in Summe darstellen)?

Nachfolgend sind die Veräußerungen von Landesgesellschaften und Landesbeteiligungen zusammenfassend dargestellt. Fettgedruckte Beträge stellen gleichzeitig die Jahressumme dar. Soweit nichts anderes vermerkt, wurde der Geschäftsanteil des Landes vollständig veräußert und folglich die Landesbeteiligung aufgegeben:

Jahr	Gesellschaft	Anteil des Landes (v.H.)	Veräußerter Anteil am Stamm-, Grund- bzw. Haftungskapital (in €)
2000	GWH Gemeinnützige Wohnungsbauges. mbH Hessen (Teilgeschäftsanteilsveräußerung)	69,84	38.924.446,39
2001	GMD - Forschungszentrum Informationstechnik GmbH	3,33	1.022,58
	Blutspendedienst Hessen des Deutschen Roten Kreuzes gGmbH	33,34	1.119.729,22
	Hessen-Energie Gesellschaft für rationelle Energienutzung GmbH	70,67	1.083.938,79
	Windenergiepark Vogelsberg GmbH	50,00	25.564,59
	HEGEMAG Hess. gem. AG für Kleinwohnungen	60,94	3.520.755,89
	Frankfurter Siedlungsgesellschaft mbH	13,68	2.024.460,20
	DEHAG Hotelservice AG	1,20	7.669,37
	Summe 2001		7.783.140,64
2002	GWH Gemeinnützige Wohnungsbauges. mbH Hessen	20,00	11.172.500,00
2004	Bad Reinhardquelle GmbH (Teilgeschäftsanteilsveräußerung)	55,32	442.392,00
	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbau-ges. Hessen mbH	83,45	30.644.900,00
	Summe 2004		31.087.292,00

2005	Deutsche Baurevision AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	3,00	18.600,00
2006	Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH (Teilgeschäftsanteilsveräuße- rung)	95,00	475.000,00
	HIM GmbH	28,05	8.308.493,07
	Heizkraftwerk Gießen GmbH (Teilgeschäftsanteilsveräuße- rung)	23,90	717.000,00
	Summe 2006		9.500.493,07
	Summe 1999 bis 2006		98.486.472,10

Frage 34. In welchem Umfang wurden in den Jahren 1999 bis 2006 Landesstiftungen sowie öffentlich-rechtliche Anstalten oder Gesellschaften gegründet, zu welchem Zweck ist dies jeweils geschehen (bitte einzeln darstellen)?

Folgende Stiftungen wurden in den Jahren 1999 bis 2006 vom Land gegründet:

Jahr	Stiftung	Zweck der Stiftung
2001	Familie hat Zukunft	Beratung von Politik und Gesellschaft mit dem Ziel, die derzeitige Lebenssituation der Familien in Hessen zu verbessern.
2002	IT-Akademie Hessen Berufliche Bildung - Dr. Frank- Niethammer-Stiftung	Qualifizierte Weiterbildung von Lehrpersonal in Betrieben und Berufsschulen im IT-Sektor.
2003	STIFTUNG NATURA 2000	Materielle und ideelle Förderung der Einrichtung und Erhaltung des kohärenten Europäischen ökologischen Netzes Natura 2000 im Hessischen Wald.
2004	Stiftung Flughafen Frankfurt/Main für die Region	Unterstützung von Körperschaften des Öffentlichen Rechts und als steuerbegünstigt anerkannte Körperschaften im Sinne des Körperschaftssteuergesetzes bei der Verwirklichung von steuerbegünstigten Zwecken im Umland des Flughafens Frankfurt/Main.
2006	Emil von Behring und Wilhelm Conrad Röntgen-Stiftung zur Förderung der Uni- versitätsmedizin in Gießen und Marburg	Förderung der Forschung und Lehre im Bereich der Medizin an der Justus-Liebig-Universität Gießen und an der Philipps-Universität Marburg.

Folgende öffentlich-rechtliche Anstalten wurden in den Jahren 1999 bis 2006 vom Land gegründet:

Jahr	Öffentlich-rechtliche Anstalt	Zweck der öffentlich-rechtlichen Anstalt
2005	Umwandlung der Investitionsbank Hessen AG in die InvestitionsBank Hessen (IBH)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung der einzelbetrieblichen gewerblichen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstandes sowie der freien Berufe,</li> <li>- Förderung der Ansiedlung von Unternehmen,</li> <li>- Förderung des technischen Fortschritts, insbesondere Technologie- und Innovationsfinanzierung,</li> <li>- Förderung von Infrastrukturmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Entwicklung strukturschwacher Gebiete</li> <li>- Förderung von Land- und Forstwirtschaft, des ländlichen Raums sowie des Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzes.</li> </ul>
2006	LTH - Bank für Infrastruktur	Monetäre Ausführung von öffentlichen Fördergeschäften im Wohnungswesen, Städtebau, in der Technologie- und Innovationsfinanzierung, von Infrastrukturmaßnahmen u.a

Folgende Landesgesellschaften wurden in den Jahren 1999 bis 2006 vom Land gegründet (vgl. auch Tabelle 1, zu Frage 30):

Jahr	Landesgesellschaft	Zweck der Landesgesellschaft
2003	Hessischen Staatsweingüter GmbH Kloster Eberbach	Erzeugung und Vermarktung von Wein und alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte, um die Staatsweingüter nachhaltig wirtschaftlich und mit hoher unternehmerischer Unabhängigkeit zu führen.
2004	HA Hessen - Agentur GmbH	Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur im Land Hessen, insbesondere durch Standortmarketing und Außenwirtschaftsförderung, Technologieförderung, Maßnahmen der Landesentwicklung, Wirtschaftsforschung und Förderung des Tourismus (Pflege und Verbesserung der Außendarstellung des Landes).
2004	Die ROSE GmbH & Co. KG	Vermietung, Verpachtung und Betrieb sowie die Verwaltung der Immobilie Am Kranzplatz 8-9 in Wiesbaden (ehemaliges "Hotel Rose").
2006	Landesjugendsinfonieorchester Hesseng GmbH	Kulturelle und musik-künstlerische Förderung von Kindern und Jugendlichen in Hessen. Neben der musikpädagogischen Aus- und Weiterbildung im Ensemblespiel hat das Orchester hohe Relevanz bei der öffentlichen Präsentation des Landes und ist gleichzeitig ein Kulturbotschafter Hessens im In- und Ausland.

Frage 35. In welchem Umfang wurden in den Jahren 1999 bis 2006 Landesstiftungen sowie öffentlich-rechtliche Anstalten oder Gesellschaften geschlossen, veräußert oder übertragen (bitte einzeln darstellen)?

Folgende Landesstiftungen sowie öffentlich-rechtliche Anstalten oder Gesellschaften wurden in den Jahren 1999 bis 2006 geschlossen, veräußert oder übertragen mit Ausnahme der Veräußerung von Landesgesellschaften und von Beteiligungen an Gesellschaften (Hinweis auf Frage 33):

Jahr	Maßnahme
1999	Fusion der Sparkasse Spangenberg auf die Sparkasse Schwalm-Eder
2000	Landesbank Hessen - Thüringen Girozentrale übernimmt als weiterer Gesellschafter im Rahmen einer Kapitalerhöhung einen Geschäftsanteil (20 Mio. €) der Investitionsbank Hessen AG (vor Umwandlung in eine Anstalt öffentlichen Rechts). Ab diesem Zeitpunkt handelte es sich nicht mehr um eine Landesgesellschaft, weil sich der Kapitalanteil des Landes von 100 v.H. auf 50 v.H. verringerte.
2000	Nach Ablauf der EXPO 2000 wurde die Liquidation der Trägergesellschaft Deutscher Pavillon mbh beschlossen, die zwischenzeitlich beendet wurde.
2002	Durch Aufnahme eines weiteren Gesellschafters wurde die TechnologieStiftung Hessen GmbH als Landesgesellschaft in 2002 aufgegeben. Der Anteil des Landes hat sich dadurch auf 87,83 v.H. am Stammkapital verringert. In 2004 wurde diese Gesellschaft mit der Forschungs- und Entwicklungsges. mbH (FEH) zur HA Hessen Agentur verschmolzen. Bei der FEH handelte es sich ebenfalls um eine Landesgesellschaft, die durch die Verschmelzung auf die HA Hessen Agentur GmbH untergegangen ist (vgl. auch unten stehende Ausführungen zu 2004).
2003	Die Welterbe Grube Messel gGmbH ist durch Aufnahme zwei neuer Gesellschafter keine Landesgesellschaft mehr. Der Anteil des Landes am Stammkapital verringerte sich von 100 v.H. auf 65 v.H.
2003	Liquidation der Landesgesellschaft Hessische Kultur GmbH.
2004	Die Öffentliche Versicherungsanstalt Hessen-Nassau-Thüringen - Sparkassenversicherung- und die Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Hessen-Nassau-Thüringen - Sparkassenversicherung - werden in Aktiengesellschaften umgewandelt.
2004	Mit Gründung der HA Hessen Agentur GmbH sind zwei Landesgesellschaften in die HA Hessen Agentur übergegangen, nämlich die in 1976 gegründete HLT Gesellschaft für Forschung, Planung und Entwicklung mbH, die später in Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH (FEH) umbenannt wurde, sowie die in 1993 errichtete Technologiestiftung, die im Oktober 1997 in die TechnologieStiftung Hessen GmbH umgewandelt wurde (vgl. auch oben stehende Ausführungen zu 2002).
2005	Die in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführten Universitätskliniken Gießen und Marburg wurde in eine GmbH umgewandelt (Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH). Anfang 2006 hat das Land 95 v.H. dieser GmbH - Anteile veräußert (vgl. auch Beitrag zu Frage 33).
2005	Die beschlossene Liquidation der fiscus GmbH ist derzeit noch nicht beendet.
2006	Fusion der Sparkassen Vogelsbergkreis und Wetterau zur Sparkasse Oberhessen.
2006	Unentgeltliche Übertragung des Geschäftsanteils des Landes an der Deutsches Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft gem. GmbH auf die Universität Kassel.
	Teilgeschäftsveräußerung Heizkraftwerk Gießen GmbH

- Frage 36. In welchem Umfang wurden in den Jahren 1999 bis 2006 von Landesgesellschaften, Landesstiftungen sowie öffentlich-rechtlichen Anstalten oder Gesellschaften Vermögen veräußert oder erworben sowie Kreditverpflichtungen ausgesprochen (bitte einzeln, jährlich und in Summe darstellen)?

Die Beantwortung dieser Frage, die ein komplexes Erhebungsverfahren bei einer Vielzahl von Gesellschaften, Stiftungen etc. voraussetzt, ist bei dem vorgegebenen Zeitrahmen mit den vorhandenen Ressourcen nicht zu leisten.

- Frage 37. In welchem Umfang wurde dem hessischen Landeshaushalt Volumen durch Maßnahmen der Fragen 30 bis 36 entzogen?

Die Beantwortung dieser Frage ist mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand nicht zu leisten.

### III. Veräußerung und Erwerb von Grundstücken, Immobilien und sonstigem Vermögen des Landes

- Frage 38. In welcher Höhe wurden Grundstücke, Immobilien und sonstiges Vermögen (einschließlich Kredit- und sonstiger Forderungsveräußerungen) des Landes in den Jahren 1999 bis 2006 veräußert (bitte nach Vermögensgegenstand und Jahr einzeln gliedern und in Summe darstellen)?
- Frage 39. In welcher Höhe wurden Grundstücke, Immobilien und sonstiges Vermögen des Landes in den Jahren 1999 bis 2006 erworben (bitte nach Vermögensgegenstand und Jahr einzeln gliedern und in Summe darstellen)?

Die Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken und Immobilien sowie die Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken und Immobilien wurden im Rahmen einer Ressortabfrage ermittelt. Die Ergebnisse sind in der beigelegten Anlage 1 zusammengefasst. Zur Begrenzung des Arbeitsaufwands wurden nur solche Vermögensvorgänge erfasst, die eine Geringfügigkeitsschwelle von 100.000 € überschritten.

Aufgrund des damit verbundenen unvermeidbaren Verwaltungsaufwands wurde auf eine Ressortumfrage zur Erfassung der Einnahmen aus dem Verkauf sowie der Ausgaben für den Erwerb von sonstigem Vermögen verzichtet. Allerdings ist davon auszugehen, dass der Wert des erworbenen sonstigen Vermögens die Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger Vermögensgegenstände bei weitem übersteigt.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass das kaufmännische Rechnungswesen auch deshalb eingeführt wird, um künftig einen sofortigen Überblick über die genaue Vermögensposition des Landes zu ermöglichen.

- Frage 40. In wie vielen Fällen der Veräußerungen von Immobilien des Landes kam es anschließend zu langfristigen Miet- oder Leasingverträgen der veräußerten Grundstücke und Immobilien (Rückmietverkauf, Sale-and-Lease-Back (SLB)) (bitte nach Jahr einzeln gliedern und in Summe darstellen)?
- Frage 41. Wenn ja, mit welchen Laufzeiten wurden diese Verträge jeweils abgeschlossen (bitte einzeln darstellen)?

Jahr	Objekt	Mietvertragslaufzeit in Jahren
2004		
	Behördenzentrum, Gutleutstraße, Frankfurt	30
2005		
1	Polizeipräsidium, Adickesallee, Frankfurt	30
2	Regierungspräsidium, Steinweg, Kassel	20
3	Polizeipräsidium, Grüner Weg, Kassel	30
4	Behördenzentrum, Marburger Str., Gießen	20
5	Regierungspräsidium, Landgraf-Phillip-Platz, Gießen	20
6	Behördenzentrum, Frankfurter Str., Wetzlar	30
7	Behördenzentrum, Am Rosengarten, Fulda	30
8	Finanzamt, Bieberer Str., Offenbach	25
9	Behördenzentrum, Zimmerstr., Langen	15
10	Behördenzentrum, Emser Str., Bad Schwalbach	25
11	Finanzamt, Soderstr., Darmstadt	25
12	Polizeipräsidium, Klappacher Str., Darmstadt	30
13	Behördenzentrum, Europaring, Groß-Gerau	15
14	Finanzministerium, Friedrich-Ebert-Allee, Wiesbaden	20
15	Innenministerium, Friedrich-Ebert-Allee, Wiesbaden	30
16	Behördenzentrum, Dostojewskistr., Wiesbaden	30
17	Behördenzentrum, Konrad-Adenauer-Ring, Wiesbaden	25
18	Behördenzentrum, Rheingastr., Wiesbaden	20

2006		
1	Behördenhaus, Hubertusweg, Bad Hersfeld	15, 20, 25 <sup>1</sup>
2	Polizeidirektion, Kleine Industriestr., Bad Hersfeld	20, 25 <sup>1</sup>
3	Amtsgericht, Auf der Steinkaut, Bad Homburg	25
4	Finanzamt, Berliner Ring, Bensheim	20, 25 <sup>1</sup>
5	Gerichte, Steubenplatz, Darmstadt	30
6	Amtsgericht, Homburger Str., Friedberg	5, 10, 15, 20, 25 <sup>1</sup>
7	Behördenzentrum, Severingstr., Fulda	25
8	Polizeipräsidium, Ferniestr., Gießen	30
9	Gerichte/Staatsanwaltschaft, Gutfleischstr./Marburger Str./Ostanlage, Gießen	30
10	Hessisches Immobilienmanagement/Hessisches Baumanagement, Leihgesterner Weg, Gießen	15, 20, 25 <sup>1</sup>
11	Behördenzentrum, Schubertstr., Gießen	25
12	Behördenzentrum, Neue Str., Hofgeißmar	15, 20, 25 <sup>1</sup>
13	Finanzamt, Nordring, Hofheim	20, 25 <sup>1</sup>
14	Polizeistation, Zeilsheimer Str., Hofheim	25
15	Polizeidirektion, August-Vilmar-Str., Homberg/Efze	20, 25 <sup>1</sup>
16	Behördenzentrum, Gerichtstr., Idstein	25
17	Hessische Bezügestelle, Friedrich-Ebert-Str., Kassel	25
18	Gerichte/Staatsanwaltschaft, Frankfurter Str., Kassel	30
19	Behördenzentrum, Knorrstr., Kassel	5, 10, 15, 20, 25 <sup>1</sup>
20	Finanzamt, Medebacher Landstr., Korbach	20, 25 <sup>1</sup>
21	Bereitschaftspolizei, Wiesbadener Str., Mainz-Kastel	10, 15, 20, 25 <sup>1</sup>
22	Behördenzentrum, Raiffeisenstr., Marburg	20, 25 <sup>1</sup>
23	Behördenzentrum, Robert Koch Str., Marburg	2, 5, 10, 15, 20, 25 <sup>1</sup>
24	Gerichte/Staatsanwaltschaft, Universitätsstr., Marburg	30
25	Behördenhaus, Erbacher Str., Michelstadt	20, 25 <sup>1</sup>
26	Polizeistation, Eisenstr., Rüsselsheim	25
27	Behördenhaus, Johann-Sebastian-Bach-Str., Rüsselsheim	25
28	Behördenhaus, Schanzenfeldstr., Wetzlar	25
29	Wirtschaftsministerium, Kaiser-Friedrich-Ring, Wiesbaden	30
30	Kultusministerium, Luisenplatz, Wiesbaden	30
31	Behördenzentrum, Mosbacher Str., Wiesbaden	30
32	Statistisches Landesamt, Rheinstr., Wiesbaden	20, 25 <sup>1</sup>
33	Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation, Schaperstr., Wiesbaden	25
34	Hessische Polizeischule, Schönebergstr., Wiesbaden	30
35	Polizeirevier, Willy-Brandt-Allee, Wiesbaden	25
36	Polizeiverwaltungsamt, Willy-Brandt-Allee, Wiesbaden	25

<sup>1</sup> Sonderkündigungsrechte nach den jeweils genannten Vertragslaufzeiten.

Frage 42. In wie vielen Fällen der Veräußerungen von Immobilien des Landes kam es anschließend zu langfristigen Miet- oder Leasingverträgen ähnlicher Immobilien beziehungsweise wurde eine Anmietung oder Leasing erforderlich (bitte einzeln darstellen)?

Frage 43. Wenn ja, mit welchen Laufzeiten wurden diese Verträge jeweils abgeschlossen (bitte einzeln darstellen)?

Das Objekt Zeughausstraße in Darmstadt wurde im Jahr 2005 veräußert und eine ähnlich Immobilie mit einer Mietvertragslaufzeit von 15 Jahren angemietet.

Frage 44. Wie hoch ist der gesamte Veräußerungserlös in den zu den Fragen 38, 40 und 42 bezeichneten Fällen (bitte entsprechend den Fragen gruppiert darstellen)?

Die Gesamtsumme der Veräußerungserlöse gemäß den Fragen 38, 40 und 42 kann aus den Anlagen 1 a und 1 b entnommen werden. Daneben sind in Anlage 2 gesondert die Erlöse dargestellt, die das Land im Rahmen seiner "Sale-and-rent-back"-Strategie erzielte.

Frage 45. Welcher Barwertvorteil wurde nach Auffassung der Landesregierung durch diese Verträge realisiert (bitte einzeln und in Summe nach Jahren darstellen)?

Es wird davon ausgegangen, dass sich die Frage auf die Fragen 40 und 42 bezieht. Für alle Veräußerungsvorgänge ist sie mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht zu beantworten.

Jahr lfd. Nummer/	Objekt	Barwertvorteil (€) <sup>1</sup>
2004		
	Behördenzentrum, Gutleutstraße, Frankfurt	820.000
		820.000
2005		
1	Polizeipräsidium, Adickesallee, Frankfurt	41.820.000
2	Regierungspräsidium, Steinweg, Kassel	7.490.000
3	Polizeipräsidium, Grüner Weg, Kassel	13.320.000
4	Behördenzentrum, Marburger Str., Gießen	3.760.000
5	Regierungspräsidium, Landgraf-Phillip-Platz, Gießen	3.830.000

6	Behördenzentrum, Frankfurter Str., Wetzlar	6.260.000
7	Behördenzentrum, Am Rosengarten, Fulda	9.520.000
8	Finanzamt, Bieberer Str., Offenbach	9.110.000
9	Behördenzentrum, Zimmerstr., Langen	5.350.000
10	Behördenzentrum, Emser Str., Bad Schwalbach	3.540.000
11	Finanzamt, Soderstr., Darmstadt	7.040.000
12	Polizeipräsidium, Klappacher Str., Darmstadt	16.170.000
13	Behördenzentrum, Europaring, Groß-Gerau	11.360.000
14	Finanzministerium, Friedrich-Ebert-Allee, Wiesbaden	7.720.000
15	Innenministerium, Friedrich-Ebert-Allee, Wiesbaden	12.060.000
16	Behördenzentrum, Dostojewskistr., Wiesbaden	50.220.000
17	Behördenzentrum, Konrad-Adenauer-Ring, Wiesbaden	27.180.000
18	Behördenzentrum, Rheingaustr., Wiesbaden	12.530.000
19	Hessisches Baumanagement, Zeughausstr., Darmstadt	90.000
		248.370.000
2006		
1	Behördenhaus, Hubertusweg, Bad Hersfeld	3.850.000
2	Polizeidirektion, Kleine Industriestr., Bad Hersfeld	1.310.000
3	Amtsgericht, Auf der Steinkaut, Bad Homburg	2.590.000
4	Finanzamt, Berliner Ring, Bensheim	2.420.000
5	Gerichte, Steubenplatz, Darmstadt	2.810.000
6	Amtsgericht, Homburger Str., Friedberg	1.280.000
7	Behördenzentrum, Severingstr., Fulda	13.010.000
8	Polizeipräsidium, Fernierstr., Gießen	15.280.000
9	Gerichte/Staatsanwaltschaft, Gutfleischstr./Marburger Str./Ostanlage, Gießen	12.610.000
10	Hessisches Immobilienmanagement/ Hessisches Baumanagement, Leihgesterner Weg, Gießen	1.910.000
11	Behördenzentrum, Schubertstr., Gießen	15.050.000
12	Behördenzentrum, Neue Str., Hofgeißmar	720.000
13	Finanzamt, Nordring, Hofheim	2.070.000
14	Polizeistation, Zeilheimer Str., Hofheim	1.420.000
15	Polizeidirektion, August-Vilmar-Str., Homberg/Efze	1.760.000
16	Behördenzentrum, Gerichtstr., Idstein	1.620.000
17	Hessische Bezügestelle, Friedrich-Ebert-Str., Kassel	1.660.000
18	Gerichte/Staatsanwaltschaft, Frankfurter Str., Kassel	13.820.000
19	Behördenzentrum, Knorrstr., Kassel	760.000
20	Finanzamt, Medebacher Landstr., Korbach	1.620.000
21	Bereitschaftspolizei, Wiesbadener Str., Mainz-Kastel	14.060.000
22	Behördenzentrum, Raiffeisenstr., Marburg	3.100.000
23	Behördenzentrum, Robert Koch Str., Marburg	4.090.000
24	Gerichte/Staatsanwaltschaft, Universitätsstr., Marburg	3.050.000
25	Behördenhaus, Erbacher Str., Michelstadt	3.090.000
26	Polizeistation, Eisenstr., Rüsselsheim	5.920.000
27	Behördenhaus, Johann-Sebastian-Bach-Str., Rüsselsheim	1.930.000
28	Behördenhaus, Schanzenfeldstr., Wetzlar	3.640.000
29	Wirtschaftsministerium, Kaiser-Friedrich-Ring, Wiesbaden	11.130.000
30	Kultusministerium, Luisenplatz, Wiesbaden	5.340.000
31	Behördenzentrum, Mosbacher Str., Wiesbaden	4.630.000
32	Statistisches Landesamt, Rheinstr., Wiesbaden	3.230.000
33	Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation, Schaperstr., Wiesbaden	6.260.000
34	Hessische Polizeischule, Schönebergstr., Wiesbaden	8.360.000
35	Polizeirevier, Willy-Brandt-Allee, Wiesbaden	850.000
36	Polizeiverwaltungsamt, Willy-Brandt-Allee, Wiesbaden	4.650.000
		180.900.000

<sup>1</sup> Angegeben ist der Barwertvorteil der Alternative *Verkauf und Rückanmietung* gegenüber der Alternative *Verbleib im Landeseigentum*, gerundet auf volle 10.000 €.

Frage 46. Welche Beratungsgesellschaften, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und/oder Kanzleien wurden zur Beratung der Veräußerungen beauftragt und welche Vergütungen sind hierfür jeweils und in Summe gezahlt worden (bitte einzeln und in Summe nach Jahren darstellen)?

Aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen können die beauftragten Gesellschaften nicht benannt werden. In der nachfolgenden Tabelle können daher nur die Vergütungen in den einzelnen Jahren ausgewiesen werden.

Jahr	Themenbereich	Vergütung in €
2003	Marktanalyse Campus Bockenheim	22.000
2003	Beratungsleistung Vermarktung Campus Bockenheim	28.925
	Summe 2003	50.925
2004	Beratungsleistung Vermarktungskonzept Campus Bockenheim	26.000
2004	Beratung bei einer Immobilientransaktion im Rahmen der "Operation Sichere Zukunft"	203.636,74
2004	Vergaberechtliche Beratung durch RA-Kanzlei bei der Ausschreibung des Transaktionsberaters zur Durchführung der Immobilientransaktion 2004	46.571,10

2004	Rechtliche Begleitung der Durchführung der Immobilientransaktion durch RA-Kanzlei im Rahmen der "Operation Sichere Zukunft"	161.298
2004	Transaktionsberatung zur Durchführung der Immobilientransaktion 2004	464.000
	Summe 2004	901.505,84
2005	Beratungsleistung Vermarktung Campus Bockenheim	31.200
2005	Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Verfahrenswege Vermarktung Campus Bockenheim	14.000
2005	Gutachterliche Stellungnahme zu den Nutzungsmöglichkeiten der Gerichtsgebäude in Wiesbaden	11.000
2005	Vergaberechtliche Beratung durch RA-Kanzlei bei der Ausschreibung des Transaktionsberaters zur Durchführung der Immobilientransaktion 2005.	274.050
2005	Transaktionsberatung zur Durchführung der Immobilientransaktion 2005.	3.500.000
	Summe 2005	3.830.250
2006	Vergaberechtliche Beratung durch RA-Kanzlei bei der Ausschreibung des Transaktionsberaters zur Durchführung der Immobilientransaktion 2006.	365.400
2006	Transaktionsberatung zur Durchführung der Immobilientransaktion 2006.	2.320.000
	Summe 2006	2.685.400
2007	Vergaberechtliche Beratung zur Ausschreibung des Transaktionsberaters sowie Rechtsberatung während der Immobilientransaktion	291.550 zzgl. Auslagen

Die Kosten der Transaktionsberatung zur Durchführung der Immobilientransaktion 2007 sind ergebnisabhängig und können daher noch nicht beziffert werden.

Frage 47. Wie hoch sind die im Landeshaushalt zu berücksichtigenden Kosten in den zukünftigen Jahren durch die vertraglich eingegangenen Zahlungsverpflichtungen der Miet- beziehungsweise Leasingverträge (bitte nach Jahren über die gesamte Laufzeit der Verträge darstellen)?

Da in den Mietverträgen indexbezogene Anpassungsklauseln enthalten sind, können die künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht genau angegeben werden.

Frage 48. Welchen Anteil an den Ausgaben am Landeshaushalt nehmen und nehmen diese ein (bitte nach Kalenderjahren über die gesamte Laufzeit der Verträge darstellen, ggfs. Plandaten verwenden)?

Siehe hierzu die Antwort zu Frage 47.

Frage 49. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass Vertragsbindungen im Rahmen von Rückmietverkauf- und Sale-and-Lease-Back-Verträgen eine Form von verdeckter Verschuldung darstellen und wie begründet sie Ihre Auffassung?

Die Landesregierung hat im Rahmen ihrer Immobilientransaktionen keine "Sale-and-lease-back"-, sondern ausschließlich "Sale-and-rent-back"-Verträge abgeschlossen. Diese unterscheiden sich im Wesentlichen dadurch, dass beim "Sale-and-rent-back" keine entsprechende Rückkaufverpflichtung der Immobilie nach Ablauf der Vertragslaufzeit besteht. Nur im Fall des "Sale-and-lease-back" stellt sich haushaltsrechtlich die Frage einer verdeckten Kreditaufnahme.

Frage 50. Wie hoch ist der Bestand an Grundstücken und Immobilien des Landes zum 31. Dezember 2006?

Die Beantwortung der Frage wird durch die Kabinetttvorlage zu den Veränderungen im Grundbesitzbestand 2006 erfolgen, die voraussichtlich im Oktober fertig gestellt wird. Eine Schätzung der Zahlen ist aufgrund der Fülle der Veränderungsmittelungen zum derzeitigen Zeitpunkt nicht möglich.

Frage 51. Welche oberen und obersten Landesbehörden waren zum 31. Dezember 2006 noch in landeseigenen Immobilien untergebracht?

Zum 31. Dezember 2006 waren die Hessische Staatskanzlei, der Hessische Rechnungshof, der Hessische Datenschutzbeauftragte, die Landesrechtsanwaltschaft des Landes Hessen, das Hessische Ministerium der Justiz, das Landesamt für Denkmalpflege Hessen sowie das Hessische Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen in landeseigenen Immobilien untergebracht.

#### IV. ÖPP-Projekte und sonstige Kreditvorfinanzierungen

Eine Legaldefinition von Public Private Partnership (PPP) gibt es in Deutschland nicht. Es ist vielmehr - wie der synonym verwendete Begriff

ÖPP - ein Programmbegriff, unter dem in der Praxis verschiedene Varianten der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft gefasst werden.

Das Gutachten des Bundes "PPP im öffentlichen Hochbau" (2003) formuliert folgende Definition: "PPP ist eine langfristige, vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft zur wirtschaftlicheren Erfüllung öffentlicher Aufgaben über den gesamten Lebenszyklus eines Projektes. Die für die Aufgabenerfüllung erforderlichen Ressourcen (z.B. Know-how, Betriebsmittel, Kapital, Personal etc.) werden von den Partnern in einem gemeinsamen Organisationsmodell zusammengeführt und vorhandene Projektrisiken entsprechend der Managementkompetenz der Projektpartner angemessen verteilt."

Im Sinne der Initiative der Bundesregierung werden nur PPP-Modelle, die mindestens vier Phasen des Lebenszyklus (Planung, Bau, Finanzierung, Betrieb, Verwertung) einschließlich der Betriebsphase umfassen, als "echte" PPPs, bzw. auch als "vollkommene" oder "ganzheitliche" PPPs bezeichnet. Demzufolge ist die Übertragung der Betriebsleistungen für PPP bestimmend. PPP ist somit weit mehr als eine alternative Finanzierungsvariante; PPP ist vielmehr eine alternative Beschaffungsvariante.

Den folgenden Ausführungen wird die Definition aus dem Bundesgutachten im Sinne der Initiative der Bundesregierung zugrunde gelegt. Daher sind im Folgenden im Wesentlichen Projekte aus dem Hochbaubereich in Hessen angeführt.

Frage 52. Wie viele öffentliche Bauvorhaben des Landes wurden in den Jahren 1999 bis 2006 als Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) projektiert und realisiert (bitte einzeln, nach Jahren und in Summe darstellen)?

Frage 56. In welchen Bereichen (Hochbau, Tiefbau, Straßenbau) wurden in diesem Zeitraum ÖPP projektiert und realisiert?

Frage 60. Gab es außerhalb von Planung, Errichtung, Finanzierung, Betrieb von Bauvorhaben in den Jahren 1999 bis 2006 weitere ÖPP-Vorhaben und -Projekte, wenn ja, welche mit welchem Projektvolumen und in welchen Bereichen (Softwareentwicklung, IT-Beschaffung und -betrieb) und in welchem Volumen (bitte einzeln und nach Jahren darstellen)?

Die Fragen 52, 56 und 60 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Ende 2004 hat eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Federführung des Finanzministeriums vier geeignete PPP-Pilotprojekte im Bereich des öffentlichen Hochbaus identifiziert. Das Finanzzentrum Kassel-Altmarkt konnte im Dezember 2006 in Auftrag gegeben werden. Für das Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden - gemeinsam mit der Stadt Wiesbaden - erfolgte die Vertragsunterzeichnung im März 2007. Im April 2007 wurde für das PPP-Projekt "Cityrevier Wiesbaden" der Auftrag erteilt. Das Vergabeverfahren für die Ämter für Bodenmanagement in Limburg, Büdingen, Korbach und Heppenheim wurde im Februar 2006 gestartet. Für das Polizeipräsidium Südosthessen laufen derzeit die Vorbereitungen.

PPP-Strukturen im weiteren Sinne finden sich auch außerhalb der v. g. Definition: Im Verantwortungsbereich der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung (HSVV) werden zwei Projekte verfolgt, die den Bau bzw. den Ausbau und die Erhaltung der Straße über einen Zeitraum von 15 Jahren umfassen:

- L 3046 - Verlegung bei Beilstein in Richtung Merkenbach,
- L 3332 - Ausbau zwischen Geismar (B 253) und Frebershausen.

Die JVA Hünfeld, als Vorgänger eines ganzheitlichen PPPs im Dezember 2005 in Betrieb genommen, und die Universitätskliniken Gießen/Marburg als Sonderform von PPP, bei der das Land zu Beginn des Jahres 2006 eine strategische Partnerschaft mit einem privaten Klinikbetreiber eingegangen ist, werden der Vollständigkeit halber hier erwähnt.

Frage 53. Welche Ausschreibungsformen wurden bei den Projekten jeweils gewählt?

Für alle PPP-Projekte (im Hochbaubereich) wurden Verhandlungsverfahren mit einem vorgeschalteten, europaweiten Teilnahmewettbewerb nach § 101 Abs. 4 GWB gewählt.

Frage 54. Welche Vertragsmodelle wurden bei den Projekten jeweils gewählt (bitte nach Projekten einzeln darstellen)?

Frage 59. Welche Finanzierungs- und Nutzungsmodelle wurden bei den einzelnen Projekten gewählt (Forfaitierung mit und ohne Einredevorzicht, Nutzungsüberlassungsmodelle)?

dell, Mietkauf mit Erbbaurechtvertrag, sonstige Projektfinanzierungs- und Nutzungsmodelle), (bitte nach Projekten einzeln darstellen)?

Die Fragen 54 und 59 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Für die derzeitigen, zu Frage 52 genannten PPP-Projekte des Landes im Hochbaubereich wurde mit dem Mietmodell über 30 Jahre mit Projektfinanzierung eine einheitliche Grundstruktur gewählt.

Der private Partner wird vertraglich verpflichtet, die Planung, den Bau, die Finanzierung, den Betrieb und die Verwertung zu übernehmen.

Frage 55. Welches Gesamtprojektvolumen wurde in diesem Zeitraum projektiert und realisiert?

Die einzelnen Gesamtinvestitionskosten (KG 100 - 700, incl. Finanzierungskosten während der Bauphase, gem. DIN 276 brutto) gliedern sich wie folgt auf:

Maßnahme	Finanzierungskosten - in Mio. € -
a) Vertragsabschluss erfolgt in 2006 bzw. 2007:	
Finanzzentrum Kassel-Altmarkt:	rd. 37,4 Mio. €
Justizzentrum Wiesbaden - gemeinsam mit der Stadt Wiesbaden	rd. 128,7 Mio. € (Anteil Land: 84 Mio. €)
CityRevier Wiesbaden	rd. 7,1 Mio. €
b) Projekte, die sich derzeit noch in der Ausschreibung bzw. in der Vorbereitung befinden:	
Ämter für Bodenmanagement (Limburg, Büdingen, Korbach, Heppenheim):	jeweils ca. 8,5 - 17,4 Mio. €
Polizeipräsidium Südosthessen	ca. 100 Mio. €

Frage 57. Welche Effizienzgewinne wurden in den einzelnen Projekten gemäß der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (WU) anvisiert und realisiert (bitte einzeln darstellen)?

Bei der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung werden dynamische Investitionsrechnungsverfahren, in der Regel die Barwert-/Kapitalwertmethode, angewandt. Die dynamischen Investitionsrechnungsverfahren ermöglichen den sachgerechten Vergleich der unterschiedlichen Zahlungsströme der Eigenbauvariante und der PPP-Variante unter Berücksichtigung von Zins- und Zinseszinsseffekten über längere Zeiträume. Die sich daraus ergebenden barwertigen Effizienzgewinne können deshalb nicht den Angaben zu den Fragen 55. und 63. unmittelbar gegenüber gestellt werden.

Der Wirtschaftlichkeitsnachweis für das beauftragte Finanzzentrum Kassel-Altmarkt ergibt einen barwertigen Effizienzvorteil für die PPP-Variante im Vergleich zu der Eigenbauvariante von rund 12 v.H.

Der Wirtschaftlichkeitsnachweis für das beauftragte Justizzentrum Wiesbaden ergibt für den Landesteil einen barwertigen Effizienzvorteil für die PPP-Variante im Vergleich zu der Eigenbauvariante von rund 15,5 v.H.

Der Wirtschaftlichkeitsnachweis für das beauftragte Cityrevier Wiesbaden ergibt für den Landesteil einen barwertigen Effizienzvorteil für die PPP-Variante im Vergleich zu der Eigenbauvariante von rund 14 v.H.

Für die Ämter für Bodenmanagement in Limburg, Büdingen, Korbach und Heppenheim liegen Wirtschaftlichkeitsprognosen vor, die eine Vorteilhaftigkeit von PPP ergeben. Diese werden begleitend im laufenden Verhandlungsverfahren fortgeschrieben. Endgültige Aussagen können erst mit Vorlage des Wirtschaftlichkeitsnachweises vor Vertragsabschluss gemacht werden.

Für das Polizeipräsidium Südosthessen wird derzeit der Bedarf geprüft, bevor anschließend die Wirtschaftlichkeitsprognose durchgeführt wird.

Frage 58. Welche Ziele außer der Steigerung der Effizienz hat die Landesregierung dabei außerdem angestrebt, wie hat sie deren Erreichung festgestellt und gesichert?

Grundsätzlich verpflichten die haushaltsrechtlichen Bestimmungen die öffentliche Hand zum wirtschaftlichen und sparsamen Handeln. PPP als eine weitere mögliche Beschaffungsvariante neben den bestehenden ist dabei im Einzelfall in Erwägung zu ziehen, unter der Voraussetzung, dass hoheitliche Aufgaben oder rechtlich fixierte Kontrollfunktionen der öffentlichen Hand unberührt bleiben.

Durch den Lebenszyklusansatz bei den PPP-Pilotprojekten werden bereits mit Planungsbeginn die entstehenden Betriebskosten betrachtet, was zu nachhaltigen und innovativen Lösungen für die jeweiligen Gebäude führt. Gleichzeitig werden die langfristigen Belastungen im Haushalt ermittelt und transparent dargestellt.

Eine Evaluierung der Pilotprojekte erfolgt durch das PPP-Kompetenzzentrum, das im Hessischen Ministerium der Finanzen angesiedelt ist.

Frage 61. Welche Beratungsgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und/oder Kanzleien wurden mit der Begleitung der ÖPP-Projekte beauftragt und welche Vergütungen sind hierfür jeweils und in Summe gezahlt worden (bitte einzeln und in Summe nach Jahren darstellen)?

Aus Datenschutz- und wettbewerbsrechtlichen Gründen können die Namen der beauftragten Gesellschaften nicht genannt werden.

Bei der Durchführung der PPP-Pilotprojekte im Hochbaubereich "Finanzzentrum Kassel-Altmarkt" und "Ämter für Bodenmanagement" und dem Cityrevier Wiesbaden hat das Hessische Immobilienmanagement die Projektleitung übernommen und wird vom Hessischen Baumanagement und von, in PPP-erfahrenen, externen Beratern unterstützt.

Für die Vorbereitung und Durchführung des Vergabeverfahrens für das "Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden" wurde ein Projektbüro bei der Stadt Wiesbaden eingerichtet, das die federführende Projektleitung wahrgenommen hat.

Für die Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen wurden in den Jahren 2005 bis 2007 (Stand Juni 2007) folgende Honorare an Externe gezahlt:

- Finanzzentrum Kassel-Altmarkt: rd. 790.000 €,
- Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden: rd. 825.000 € (Anteil Land: 435.000 €),
- Cityrevier Wiesbaden: rd. 245.000 €,
- Ämter für Bodenmanagement Limburg, Büdingen, Korbach, Heppenheim: rd. 610.000 €.

Frage 62. In wie vielen Fällen und in welchem Volumen erfolgt bei den ÖPP-Projekten keine Anrechnung bei der Berechnung der Maastrichtkriterien durch den Übergang des Großteils der Risiken auf den privaten Partner (bitte jeweils einzeln, nach Jahren und Summe darstellen)?

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) hat im Jahr 2004 eine Empfehlung gegeben, wie öffentliche Aufträge, die im Rahmen von Partnerschaften mit Privaten abgeschlossen werden, in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu verbuchen sind. Danach hat ein PPP-Projekt dann keine Erhöhung der Staatsverschuldung zur Folge, wenn das Baurisiko und entweder das Ausfallrisiko oder das Nachfragerisiko auf Private übertragen werden. Für die Landesprojekte wurde deshalb die Projektfinanzierung festgelegt, bei der der Private einen Großteil der Risiken (Bau- und Ausfallrisiko) zu übernehmen hat. Im Übrigen wurden alle PPP-Projekte des Landes im öffentlichen Hochbau unter der Voraussetzung einer Konformität mit den Eurostatkriterien ausgeschrieben.

Frage 63. Welche Summe an Investitionen wurde gemäß der Abgrenzung in der Haushaltsrechnung durch die vollzogenen ÖPP-Projekte nicht realisiert bzw. nicht in der Haushaltsrechnung ausgewiesen (bitte jeweils einzeln, nach Jahren und in Summe darstellen)?

Die Summe an Investitionen, die durch die vollzogenen ÖPP-Projekte nicht realisiert wurden, ist nicht der *Haushaltsrechnung*, sondern dem *Haushaltsplan* zu entnehmen.

Folgende Bauwerkskosten (KG 100 - 700 gem. DIN 276 brutto) würden bei den beauftragten PPP-Projekten für eine vergleichbare Eigenbauvariante angesetzt werden:

- Finanzzentrum Kassel-Altmarkt: rd. 45 Mio. €,
- Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden: rd. 96 Mio. € (Landesanteil),
- City-Revier Wiesbaden: rd. 8,1 Mio. €.

Nachdem die Beauftragung als PPP-Projekt erfolgt ist, werden die daraus entstehenden finanziellen Verpflichtungen in einer Anlage zum Haushaltsplan abgebildet.

Frage 64. Ist die Landesregierung über die oben angeführten ÖPP-Projekte hinaus vertragliche Bindungen oder Finanzierungsvereinbarungen eingegangen, die dem Charakter nach einer Kreditvorfinanzierung entsprechen, wenn ja, welche, wann in welchem Umfang und mit welcher Laufzeit (bitte einzeln darstellen)?

Es sind keine weiteren vertraglichen Bindungen oder Finanzierungsvereinbarungen bekannt, die dem Charakter nach einer Kreditvorfinanzierung entsprechen.

Frage 65. Wie hoch sind die im Landeshaushalt zu berücksichtigenden Kosten in den zukünftigen Jahren durch die vertraglich eingegangenen Zahlungsverpflichtungen bei kreditvorfinanzierten, ÖPP-Projekten und -Vorhaben (bitte nach Jahren über die gesamte Laufzeit der Verträge darstellen)?

Zur Erhöhung und Sicherung der Transparenz von PPP-Projekten haben Bund und Länder vereinbart, ab dem Jahr 2007 die Haushaltsgesetze um eine Anlage 9 zu ergänzen, in der künftig alle abgeschlossenen PPP-Verträge ausgewiesen werden. In der entsprechenden Anlage zum Haushaltsgesetz 2007 sind noch keine laufenden Projekte enthalten, da die in Frage 52 genannten Projekte erst nach Einbringung des Haushalts unterzeichnet worden sind.

Im Rahmen der Einbringung des Haushalts 2007 wurden die folgenden, jährlich fixierten Mietzahlungen für die bereits vereinbarten Projekte wie folgt festgelegt: Finanzzentrum Kassel-Altmarkt: 3.640.000 €, Cityrevier Wiesbaden: 604.000 € und Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden: 6.229.000 € (Landesanteil). Über die jeweils 30 jährige Vertragslaufzeit ergeben sich daraus Gesamtverpflichtungen von 115.749.000 € für das Finanzzentrum Kassel-Altmarkt, von 19.313.000 € für das Cityrevier Wiesbaden und von 198.371.000 € (Landesanteil) für das Justiz- und Verwaltungszentrum Wiesbaden.

Die darin enthaltenen Anteile für Planung, Bau und Finanzierung sind Fixpreise, die sich über die Laufzeit nicht verändern werden. Die Entgeltbestandteile für Bewirtschaftungsleistungen sind wertgesichert und erhöhen sich über die Vertragslaufzeit.

Frage 66. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass Vertragsbindungen im Rahmen von ÖPP-Projekten und sonstigen Kreditvorfinanzierungen eine Form von verdeckter Verschuldung darstellen und wie begründet sie Ihre Auffassung?

PPP ist eine weitere Beschaffungsvariante neben den bestehenden, herkömmlichen Beschaffungsarten. Auch die konventionelle Beschaffung verursacht langfristige finanzielle Bindungen im Haushalt. Beides muss abgewogen und die jeweiligen Zahlungsverpflichtungen auf ihre Haushaltsverträglichkeit überprüft werden. Da alle PPP-Maßnahmen zudem offen im Haushalt ausgewiesen werden, kann von einer verdeckten Form der Verschuldung nicht gesprochen werden.

Frage 67. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass ÖPP-Projekte und sonstige Kreditvorfinanzierungen in der Haushaltsrechnung und Finanzplanung gesondert ausgewiesen werden sollten, um die Transparenz des Haushalts zu erhöhen und wie begründet sie Ihre Auffassung insbesondere im Hinblick auf das Haushaltsrecht und entsprechende Verfassungsrechtsprechung?

Nein. Mit dem Ausweis der PPP-Projekte im Haushaltsgesetz ist die erforderliche Transparenz sichergestellt. Ein zusätzlicher, gesonderter Ausweis in der Haushaltsrechnung sowie in der Finanzplanung ist deshalb nicht erforderlich.

Frage 68. Welche und wie viele öffentliche Vorhaben des Landes plant die Landesregierung als Öffentliche-Private-Partnerschaften (ÖPP) in den Jahren 2007 und 2008 zu projektieren und/oder zu realisieren?

Frage 69. Welches Gesamtprojektvolumen soll in diesem Zeitraum projektiert und / oder realisiert werden (bitte einzeln und in Summe darstellen)?

Frage 70. In welchen Bereichen (Hochbau, Tiefbau, Straßenbau) sollen in diesem Zeitraum ÖPP projektiert und / oder realisiert werden?

Im Bereich des öffentlichen Hochbaus laufen derzeit die Verhandlungsverfahren für das PPP-Pilotprojekt "Ämter für Bodenmanagement in Limburg, Büdingen, Korbach und Heppenheim".

Grundsätzlich werden die Hochbaumaßnahmen des Landes im Rahmen des herkömmlichen Verfahrensablaufs auf Ihre PPP-Eignung im Einzelfall überprüft. Die folgenden Hochbauvorhaben sind vorbehaltlich der Wirtschaftlichkeitsprognose und des Belegs der Wirtschaftlichkeit für die alternative Beschaffungsvariante vorgesehen:

- Polizeipräsidium Südosthessen, Offenbach,
- Justizzentrum Kassel,
- Zusammenführung des Finanzamtes und des Amtes für Bodenmanagement sowie einer Außenkanzlei des Oberlandesgerichts Frankfurt in Lauterbach.

Frage 71. Wie hoch sind die im Landeshaushalt zu berücksichtigenden Kosten in den zukünftigen Jahren durch die geplanten Zahlungsverpflichtungen bei den kreditvorfinanzierten, ÖPP-Projekten und -Vorhaben (bitte nach Jahren über die gesamte Laufzeit der Verträge darstellen)?

Die PPP-Projekte "Ämter für Bodenmanagement" in Limburg, Büdingen, Korbach und Heppenheim befinden sich derzeit im Verhandlungsverfahren.

Die tatsächlichen Zahlungsverpflichtungen sind erst mit Vertragsabschluss darstellbar.

Die weiteren, in der Antwort zu Frage 69 genannten Projekte befinden sich ausnahmslos in der Phase der Bedarfsfeststellung. Aufgrund dieses frühen Projektstadiums kann noch keine Aussage über das Projektvolumen getroffen werden.

Frage 72. Welchen Anteil an den Ausgaben am Landeshaushalt nahmen und nehmen diese ein (bitte nach Kalenderjahren über die gesamte Laufzeit der Verträge darstellen, ggf. Plandaten verwenden)?

Entfällt.

Frage 73. Welche Kosten entstanden durch die Gründung und den Betrieb des Kompetenzzentrums PPP im HMdF und entsprechender Vorläufermodelle (bitte in den einzelnen Jahren und in Summe ausweisen)?

Das PPP-Kompetenzzentrum Hessen wurde im März 2005 im Hessischen Ministerium der Finanzen an das bestehende Referat IV 7 - Bauinvestitions-haushalt - angegliedert; dort ist fachspezifisches Know-How bereits vorhanden gewesen. Der Arbeitsauftrag wurde gemäß dem Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, FDP betreffend Public-Private-Partnership in Hessen vom 13. April 2005 formuliert.

Zusätzlich wurde das PPP-Kompetenzzentrum personell durch eine Abordnung aus dem Landesbetrieb Hessisches Baumanagement und durch eine befristete Stelle verstärkt.

In 2006 entstanden für die Aktivitäten des PPP-Kompetenzzentrums Ist-Kosten in Höhe von rund 306.000 € (Personalkosten, Gutachten, sonstige Fremdleistungen). Für das Haushaltsjahr 2007 ist ein Haushaltsmittelansatz von rund 307.000 € (Personalkosten, Gutachten, sonstige Fremdleistungen) eingestellt.

Frage 74. Wie hoch sind die im Landeshaushalt zu berücksichtigenden Kosten für das Kompetenzzentrum in den Jahren 2007 bis 2010 (ggf. Plandaten verwenden)?

Die entsprechenden Beträge können dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2008 entnommen werden.

Wiesbaden, 4. Oktober 2007

**Weimar**

**Anlagen**

Ausgaben des Landes für den Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken in den Jahren 1999 bis 2006

Anlage 1 a

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Ges. Zeitraum
<b>a) Grundstücke</b>									
Grundstückserwerb PP Frankfurt	115.484,84								
Grundstückserwerb PP Lauterbach	56.242,11								
HS-Fulda 5 BGS Grundstücke	3.508.635,31								
Grundstückserwerb PD Limburg	763.086,19								
Hessen Forst 11 Stck.	169.426,00								
Domänengrdstcke	219.999,00								
Uni-Kassel Kurt Wolters Str. 17-19		2.358.858,84							
Straßenbauverwaltung Grdstck Eulersdorf Fl.1,Flst31/2		240.826,15							
Hessen Forst 13 Stck.		66.987,00							
Domänengrdstcke		99.756,00							
Grundstückserwerb PD Lauterbach		56.242,11							
Grundstückserwerb PP Frankfurt		2.403.071,89							
Glauberg (Keltenmuseum)			149.507,00						
Uni-Frankfurt, IG Farben Restgelände			31.580.000,00						
Grundstückserwerb PD Lauterbach			15.338,76						
Domänengrdstcke			349.295,00						
Hessen Forst 8 Stck.			418.532,00						
Uni-Kassel, Gottschalkstr.14-24				793.780,64					
Grundstückserwerb PD Wetterau				1.846,00					
Domänengrdstcke				304,00					
Hessen Forst 1 Stck.				5.648,00					
Straßenbauverwaltung Verkehrsfl. Stadt Flörsheim					383.000,00				
Straßenbauverwaltung Verkehrsfl. Deutsche Bahn					204.000,00				
Domänengrdstcke					209.863,00				
Hessen Forst 17 Stck.					420.595,00				
Straßenbauverwaltung Verkehrsfl. Stadt Flörsheim						958.262,00			
Deichsanierung						140.865,00			
Hessen Forst 8 Stck.						39.280,00			
Uni-Frankfurt Konsulatsgebäude							5.000.000,00		
HS-Darmstadt Birkenweg 7, 8, 10							6.800.000,00		
HS-Darmstadt Birkenweg 11b							140.000,00		
Grundstückserwerb PP Mittelhessen							266.479,96		
Ebertstraße Berlin, 4.220m²							8.289.430,00		
Hessen Fost 6 Stck.							18.991,00		
Deichsanierung								149.479,00	
Uni-Frankfurt, Grundstückstreifen StudWohng.								420.000,00	
Hessen Forst 12 Stck.								210.973,00	
<b>Gesamt Grundstücke</b>	<b>4.832.873,45</b>	<b>5.225.741,99</b>	<b>32.512.672,76</b>	<b>801.578,64</b>	<b>1.217.458,00</b>	<b>1.138.407,00</b>	<b>20.514.900,96</b>	<b>780.452,00</b>	<b>62.191.211,35</b>

Ausgaben des Landes für den Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken in den Jahren 1999 bis 2006

Anlage 1 a

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Ges. Zeitraum
<b>b) Immobilien</b>									
FH-Gießen/Friedberg, Ostanlage 27	797.615,00								
Kasernengebäude Homberg/Efze(Unterbr.Amt f.Bodenm.)		465.275,61							
Dillenburg, Hindenburgstraße 23			525.000,00						
FH-Gießen/Friedberg, W.-Leuschner Str.10			1.022.584,00						
Dillenburg, Hindenburgstraße 17				235.440,00					
Hessen Forst 1 Stck.				249.000,00					
FH-Gießen/Friedberg, Gutfleischstr. 3, 5					1.942.909,15				
Kasernengebäude Homberg/Efze(Unterbr.Amt f.Bodenm.)						355.000,00			
Hessen Forst 1 Stck.						715.000,00			
Hessen Forst 1 Stck.							500.000,00		
Hessen Forst 2 Stck.								432.500,00	
Tauschvertr.Bockenheim.Depot/Grünflächenamt								2.400.000,00	
Gesamt Immobilien	797.615,00	465.275,61	1.547.584,00	484.440,00	1.942.909,15	1.070.000,00	500.000,00	2.832.500,00	8.842.708,76
Gesamt im Jahr	797.615,00	5.630.488,45	34.060.256,76	1.286.018,64	3.160.367,15	2.208.407,00	21.014.900,96	3.612.952,00	70.973.390,96



## Einnahmen des Landes aus der Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken in den Jahren 1999 bis 2006

Anlage 1 b

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Ges. Zeitraum
Frankfurt, Untermainkai 27		6.800.182,00							
Hessen Forst 17 Stck.		4.105.609,00							
Straßengrundstück Eschborn Fl.36, Flst 24/3 u. 22/11		301.314,53							
Straßenmeisterei Battenberg (ehem.Dienstw.und Baupl.)		282.744,41							
Straßenmeisterei Eiterfeld (ehem.Dienstwohnungen)		174.861,82							
Straßenmeisterei Fürth (ehem.Dienstwohnungen)		348.701,06							
Straßenmeisterei Neukirchen		727.057,05							
Straßenmeisterei Tann (ehem.Dienstwohnungen)		240.307,18							
Straßenmeisterei Weilmünster		613.550,25							
Straßenmeisterei Wildeck-Hönebach (Salzlagerrhalle)		102.258,37							
TÜH Hessen (Frankfurt Römerhof)		10.312.798,00							
Darmstadt, Hobrechtstraße 38			451.500,00						
Fulda, Zieherer Weg 15			11.378.620,00						
Hanau, Eugen-Kaiser-Straße			716.000,00						
Hessen Forst 20 Stck.			4.578.384,00						
Marburg, Wilhelmstraße 17			1.666.812,00						
Straßenmeisterei Battenberg			273.312,96						
Straßenmeisterei Seligenstadt, Klein Welzheim			1.789.521,50						
Wiesbaden, Mosbacher Berg 55			600.385,00						
Zentralwerkstatt Darmstadt mit Gebäude			207.073,21						
August Schanz Straße 10-16				1.794.520,00					
Bad Arolsen, Schloßstraße 1				302.000,00					
Bad Schwalbach, Bahnhofstraße 18				155.000,00					
Bonn, Kurt Schumacher Straße 4				1.441.843,00					
Darmstadt, Am Kavalleriesand 25-35				398.077,00					
Darmstadt, Donnersbergring 1-11				1.032.000,00					
Darmstadt, Kattreinstraße 2, 4				380.000,00					
Darmstadt, Kattreinstraße 6-10				544.000,00					
Dietzenbach, Offenthaler Str. 75				779.164,00					
Frankfurt Paul Schwerin Straße 7				140.000,00					
Frankfurt Schloßstraße				734.000,00					
Frankfurt, Uhlandstraße 23				950.000,00					
Gießen, Bundeswehrkrankenhaus, Geb.H14				461.387,00					
Gießen, Roonstraße 31-31a				425.000,00					
Gießen, Senkenbegstraße 15				370.000,00					
Groß-Gerau, Hermann Löns-Straße 1				487.000,00					
Hessen Forst 15 Stck.				3.128.379,00					
Kassel, Renthof 4				955.000,00					
Katasteramt Bad Arolsen				302.000,00					
Langen, Südliche Ringstraße 279				199.242,00					
Laubach, Sebastian Bach Straße 24				107.759,00					
Staufenburg, Unterburg				500.000,00					
Straßenmeisterei Alsfeld				1.278.229,70					
Zentralwerkstatt Gießen				562.421,06					

## Einnahmen des Landes aus der Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken in den Jahren 1999 bis 2006

Anlage 1 b

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Ges. Zeitraum
Bad Schwallbach, Bahnhofstraße 14-16					205.000,00				
Bad Schwallbach, Rheinstraße 3					370.000,00				
Darmstadt, Mornewegstraße					1.588.950,00				
Frankfurt, Gräfstraße 79					650.000,00				
Frankfurt, Sandhöfer Allee 10					3.300.000,00				
Friedberg, Kleine Klostersgasse 16					568.000,00				
Hanau, Heinrich Bott Straße 1					1.450.000,00				
Hessen Forst 23 Stck.					2.910.678,00				
Hochheim, Breslauer Ring 2					407.500,00				
Korbach, Hagenstraße 1					250.500,00				
Linsengericht-Altenhasslau, Stadtweg 22					230.000,00				
Straßenmeisterei Eiterfeld (ehem.Dienstgehöft)					185.000,00				
Wiesbaden, Leberberg 5-11					5.400.000,00				
Bad Nauheim, Luisenstraße 15-17						775.000,00			
Bad Schwalbach, Brunnenstraße 26						230.000,00			
Bad Wildungen, Langemarckstraße						700.000,00			
Frankfurt Gutleustr.112-138						270.500.000,00			
Gießen, Schottstraße 2-4						300.100,00			
Hessen Forst 27 Stck.						5.104.181,00			
Idstein, Im Füllenschlag 29-31						173.655,00			
Idstein, Im Füllenschlag 9-11						213.945,00			
Idstein, Willi-Schreyer-Straße 13-15						228.990,00			
Idstein, Willi-Schreyer-Straße 17-19						195.330,00			
Idstein, Willi-Schreyer-Straße 9-11						274.635,00			
Offenbach, Bieberer Straße						140.000,00			
Weilburg, Langgasse 25						900.000,00			
Wiesbaden, Frankfurter Straße 2						2.087.940,00			
Wiesbaden, Paulinenstraße 3						1.120.000,00			
Bad Hersfeld, Lutherstraße 1							270.000,00		
Bad Hersfeld, Lutherstraße 2							350.000,00		
Bad Schwalbach, Emserstr. 27							14.137.000,00		
Darmstadt, Klappacherstr. 143-145							55.369.000,00		
Darmstadt, Soderstr. 30							23.767.000,00		
Darmstadt, Zeughausstraße 2-4							1.900.000,00		
Frankfurt, Adickesallee 70, PolPräs.							378.603.000,00		
Frankfurt, Friedrichstraße 62							1.050.000,00		
Fulda, am Rosengarten							40.058.000,00		
Fulda, Heinrich von Bibra Platz 3							1.500.000,00		
Gestüt Dillenburg							140.000,00		
Gießen, Landgraf P.-Platz 1,3-7							10.787.000,00		
Gießen, Marburgerstr. 91							9.431.000,00		
Gießen, Ostanlage 9-11							600.000,00		
Groß Gerau, Europaring 11-13							28.175.000,00		
Hessen Forst 51 Stck.							10.880.660,00		
Kassel, Ehlener Straße 25							205.000,00		

## Einnahmen des Landes aus der Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken in den Jahren 1999 bis 2006

Anlage 1 b

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Ges. Zeitraum
Kassel, Grüner Weg 33 PolPräs							58.518.000,00		
Kassel, Steinweg 6 RP							21.198.000,00		
Kassel, Thomeestraße 3							187.000,00		
Langen, Straße der deutschen Einheit 1-3							3.282.500,00		
Langen, Zimmerstr. 27-29							20.372.000,00		
Laubach, Johann-Sebastian-Bach Straße 22							171.000,00		
Offenbach, Bieberer Straße 59, 59a							45.320.000,00		
Offenbach, Luisenstraße 19							120.000,00		
Rotenburg, Im Heienbach 21-27							328.480,00		
Wetzlar, Brühlsbachstraße 2a							270.500,00		
Wetzlar, Frankfurter Str. 59-61							17.656.000,00		
Wiesbaden, Bierstadter Straße 2							1.770.000,00		
Wiesbaden, Dostojewskistr. 4, 6, 8/ Hölderlinstr. 1-6							156.180.000,00		
Wiesbaden, Friedrich-Ebert 12 HMIS							46.516.000,00		
Wiesbaden, Friedrich-Ebert 8 HMDF							24.170.000,00		
Wiesbaden, Gustav-Freytag-Straße 1							900,00,00		
Wiesbaden, Konrad-Adenauer-Ring 41-43							86.095.000,00		
Wiesbaden, Paulinenstraße 5							1.100.000,00		
Wiesbaden, Paulinenstraße 7							5.200,00,00		
Wiesbaden, Rheinbahnstraße 2							703.000,00		
Wiesbaden, Rheingaustraße 186							33.648.000,00		
Zierenberg, Dörnberg							510.000,00		
Bad Hersfeld, auf der Steinkaut 11-12								11.825.000,00	
Bad Hersfeld, Hubertusweg 19								7.545.000,00	
Bad Hersfeld, kleine Industriestraße 3								4.434.000,00	
Bad Soden Salmünster, Am Amtshof 4								260.000,00	
Bensheim, Berliner Ring 35								10.840.000,00	
Darmstadt, Rheinstraße 62								1.650.000,00	
Darmstadt, Steubenplatz 14								15.266.000,00	
Eltville, Schwallbacherstraße 92								862.000,00	
Eltville, Waldbachstraße 10-14								410.000,00	
Eltville, Wiesenweg 87								225.000,00	
Frankfurt, Paul-Ehrlich-Straße 46								1.237.500,00	
Frankfurt, Paul-Ehrlich-Straße 54								1.071.000,00	
Frankfurt, Rossitener Straße 21-23								1.721.240,00	
Friedberg, Homburger Str. 18								5.107.000,00	
Fulda, Washingtonallee 1,2,4,6/ Severingstr. 1,3,5								51.242.000,00	
Gießen, Ferniestr. 8								51.735.000,00	
Gießen, Gutfleischstr. 1/ Marburgerstr. 2-4, Ostanlage 7, 15, 17, 19								43.235.000,00	
Gießen, Leihgesterner Weg 52								4.270.000,00	
Gießen, Schubertstr. 60								59.143.000,00	
Groß Gerau, Am Burggraben 13								215.000,00	
Herborn, Am Hintersand 9								116.412,00	
Hessen Forst 67 Stck.								15.746.971,00	
Hessisch-Lichtenau, Lenoirstraße 1-4								427.984,00	
Hochheim, Breslauer Ring								4.000.000,00	

## Einnahmen des Landes aus der Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken in den Jahren 1999 bis 2006

Anlage 1 b

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Ges. Zeitraum
Hochheim, Kirchstraße 21								626.000,00	
Hochheim, Kirchstraße 23-25								420.000,00	
Hofgeismar, Manteuffelanlage Geb. 2,3,4,16								3.350.000,00	
Hofheim, Nordring 4-10								14.979.000,00	
Hofheim, Zeilsheimerstr. 59								5.420.000,00	
Homburg Efze, August Vilmarstr. 20								3.772.000,00	
Idstein, Gerichtstr. 1,3								8.289.000,00	
Kassel, Aspenstraße 14								205.000,00	
Kassel, Frankfurterstr. 7-9								80.620.000,00	
Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 106								9.516.000,00	
Kassel, Knorrstr. 32, 34								2.802.000,00	
Kassel, Kölnische Straße 69								260.608,00	
Korbach, Medebacherlandstr. 29								3.988.000,00	
Mainz-Kastel, Wiesbadenerstr. 99-103								49.219.000,00	
Marburg, Raiffeisenstraße 1, 7								11.517.000,00	
Marburg, Robert Koch Str. 5-17								29.757.000,00	
Marburg, Universitätsstraße 48 - 50								13.221.000,00	
Melsungen, Fritzaer Straße 63								402.500,00	
Michelstadt, Erbacherstr. 46 - 48								7.206.000,00	
Rüdesheim, Häuserweg 12								314.000,00	
Rüsselsheim, Eisenstraße 60								11.743.000,00	
Rüsselsheim, J.S. Bach Str. 45								7.473.000,00	
Usingen, Neutorstraße 29								401.000,00	
Wetzlar, Schanzenfeldstr. 8, 15, G.F. Händel Str. 3,5,7								13.344.000,00	
Wiesbaden, am Kloster Klarenthal								2.003.000,00	
Wiesbaden, Grillparzerstraße 19								1.150.000,00	
Wiesbaden, Gutenbergstraße 4								1.513.000,00	
Wiesbaden, Kaiser Friedrich Ring 75								42.969.000,00	
Wiesbaden, Luisenplatz 5, 10; Luisenstr. 30, 34								17.553.000,00	
Wiesbaden, Mainzer Straße 21								940.000,00	
Wiesbaden, Mosbacher Str. 55								23.650.000,00	
Wiesbaden, Rheinstr. 35-37								17.738.000,00	
Wiesbaden, Schnapperstr 16								22.665.000,00	
Wiesbaden, Schönbergstraße 100								77.439.000,00	
Wiesbaden, Viktoriastraße 41								720.000,00	
Wiesbaden, Willy Brandt Allee 2								3.449.000,00	
Wiesbaden, Willy Brandt Allee 20-22								21.679.000,00	
Gesamt Immobilien	16.433.416,12	24.009.383,67	21.661.608,67	17.427.021,76	17.515.628,00	282.943.776,00	1.095.338.140,00	804.898.215,00	2.280.227.189,22
Gesamt im Jahr	25.845.040,21	30.295.788,20	29.121.252,67	22.049.849,76	26.556.304,00	290.580.678,00	1.100.987.279,00	812.343.942,00	2.337.780.133,84

## Rückmiettabelle

	2004	2005	2006	Mietdauer	Gesamt Jahre
Frankfurt Gutleutstr.112-138	270.500.000			30	
Frankfurt, Adickesallee 70, PolPräs.		378.603.000		30	
Kassel, Steinweg 6 RP		21.198.000		20	
Kassel, Grüner Weg 33 PolPräs		58.518.000		30	
Gießen, Marburgerstr. 91		9.431.000		20	
Gießen, Landgraf P.-Platz 1,3-7		10.787.000		20	
Wetzlar, Frankfurter Str. 59-61		17.656.000		30	
Fulda, am Rosengarten		40.058.000		30	
Offenbach, Bieberer Straße 59, 59a		45.320.000		25	
Langen, Zimmerstr. 27-29		20.372.000		15	
Bad Schwalbach, Emserstr. 27		14.137.000		25	
Darmstadt, Soderstr. 30		23.767.000		25	
Darmstadt, Klappacherstr. 143-145		55.369.000		30	
Groß Gerau, Europaring 11-13		28.175.000		15	
Wiesbaden, Friedrich-Ebert 8 HMDF		24.170.000		20	
Wiesbaden, Friedrich-Ebert 12 HMIS		46.516.000		30	
Wiesbaden, Dostojewskistr. 4,6,8/ Hölderlinstr. 1-6		156.180.000		30	
Wiesbaden, Konrad-Adenauer-Ring 41-43		86.095.000		25	
Wiesbaden, Rheingaustraße 186		33.648.000		20	
Bad Hersfeld, Hubertusweg 19			7.545.000	15,20,25	
Bad Hersfeld, kleine Industriestraße 3			4.434.000	20,25	
Bad Hersfeld, auf der Steinkaut 11-12			11.825.000	25	
Bensheim, Berliner Ring 35			10.840.000	20,25	
Darmstadt, Steubenplatz 14			15.266.000	30	
Friedberg, Homburger Str. 18			5.107.000	5,10,15,20,25	
Fulda, Washingtonallee 1,2,4,6/ Severingstr. 1,3,5			51.242.000	25	
Gießen, Ferniestr. 8			51.735.000	30	
Gießen, Gutfleischstr. 1/ Marburgerstr. 2-4, Ostanlage 7, 15, 17, 19			43.235.000	30	
Gießen, Leihgesterner Weg 52			4.270.000	15,20,25	
Gießen, Schubertstr. 60			59.143.000	25	
Hofgeismar, Manteuffelanlage Geb. 2,3,4,16			3.350.000	15,20,25	
Hofheim, Nordring 4-10			14.979.000	20,25	
Hofheim, Zeilshemerstr. 59			5.420.000	25	
Idstein, Gerichtstr. 1,3			8.289.000	25	
Homburg Efze, August Vilmarstr. 20			3.772.000	20,25	
Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 106			9.516.000	25	
Kassel, Frankfurterstr. 7-9			80.620.000	30	
Kassel, Knorrstr. 32, 34			2.802.000	5,10,15,20,25	
Korbach, Medebacherlandstr. 29			3.988.000	20,25	
Mainz-Kastel, Wiesbadenerstr. 99-103			49.219.000	10,15,20,25	
Marburg, Raiffeisenstraße 1, 7			11.517.000	20,25	
Marburg, Robert Koch Str. 5-17			29.757.000	2,5,10,15,20,25	
Marburg, Universitätsstraße 48 - 50			13.221.000	30	
Michelstadt, Erbacherstr. 46 - 48			7.206.000	20,25	
Rüsselsheim, Eisenstraße 60			11.743.000	25	
Rüsselsheim, J.S. Bach Str. 45			7.473.000	25	
Wetzlar, Schanzenfeldstr. 8, 15, G.F. Händel Str. 3,5,7			13.344.000	25	
Wiesbaden, Kaiser Friedrich Ring 75			42.969.000	30	
Wiesbaden, Luisenplatz 5, 10; Luisenstr. 30, 34			17.553.000	30	
Wiesbaden, Mosbacher Str. 55			23.650.000	30	
Wiesbaden, Rheinstr. 35-37			17.738.000	20,25	
Wiesbaden, Schaperstr 16			22.665.000	25	
Wiesbaden, Schönbergstraße 100			77.439.000	30	
Wiesbaden, Willi Brandt Allee 2			3.449.000	25	
Wiesbaden, Willi Brandt Allee 20-22			21.679.000	25	
<b>Gesamt</b>	<b>270.500.000</b>	<b>1.070.000.000</b>	<b>768.000.000</b>		<b>2.108.500.000</b>